

**22.04.10**

U

**Verordnung**  
des Bundesministeriums  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit

---

**Vierte Verordnung zu Beschlüssen der Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (4. OSPAR-Verordnung)**

**A. Problem und Ziel**

1. Die OSPAR-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks hat in den Jahren 1998 bis 2000 folgende Beschlüsse und Empfehlungen verabschiedet:

- a) im Jahr 1998 den Beschluss 98/4: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2-Dichlorethan (EDC),
- b) im Jahr 1998 den Beschluss 98/5: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer,
- c) im Jahr 1999 die Empfehlung 98/1 zu den besten verfügbaren Techniken für die Herstellung von Emulsions-PVC sowie
- d) im Jahr 2000 die Empfehlung 2000/3 zu Emissions- und Einleitungsgrenzwerten für die Herstellung von Emulsions-PVC.

Für diese vier Maßnahmen werden die Berichtspflichten zusammengefasst und vereinfacht.

2. Die Kohlendioxid-Konzentrationen in der Atmosphäre haben über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich zugenommen. Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) beeinflusst als Treibhausgas nicht nur das Klima, sondern trägt auch zur Versauerung der Meere bei. Mit der Absicht, die Meere vor Versauerung zu schützen und

gleichzeitig zur Abmilderung des Klimawandels beizutragen, hat die OSPAR-Kommission 2007 die Anlagen II und III des Übereinkommens geändert.<sup>1</sup> Mit diesen Änderungen soll die dauerhafte Speicherung von CO<sub>2</sub> (d. h. der sichere Rückhalt über Jahrtausende) in geologischen Schichten des Meeresuntergrunds rechtlich ermöglicht werden, zum Beispiel in ausgeförderten Öl- oder Gaslagerstätten oder salinen Aquiferen. Diese Änderungen der Anlagen des Übereinkommens sollen von regulierenden Maßnahmen begleitet werden.

Ziel der vorliegenden Verordnung ist die Aktualisierung der Beschlüsse 98/4 und 98/5 hinsichtlich der darin enthaltenen Berichtspflichten, das Verbot, CO<sub>2</sub> im Meerwasser zu entsorgen, sowie die Regelung zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds des OSPAR-Gebiets.

## **B. Lösung**

Die vorgenannten Probleme haben die OSPAR-Kommission dazu veranlasst, folgende Beschlüsse zu verabschieden:

1. am 30. Juni 2006 den Beschluss 2006/1 zur Änderung des Beschlusses 98/4: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2-Dichlorethan (EDC), und des Beschlusses 98/5: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer; dieser Beschluss ersetzt die in den beiden Beschlüssen enthaltenen Formblätter zur Berichterstattung durch ein einziges Formblatt, das in der OSPAR-Empfehlung 2006/1<sup>2</sup> niedergelegt ist;
2. am 29. Juni 2007 den Beschluss 2007/1 zur Untersagung der Speicherung von Kohlendioxidströmen in der Wassersäule oder am Meeresgrund und den Beschluss 2007/2 zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen

---

<sup>1</sup> Die Änderungen der „Anlage II über die Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung durch Einbringen oder Verbrennung“ und der „Anlage III über die Verhütung und Beseitigung der Verschmutzung durch Offshore-Quellen“ des OSPAR-Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (Paris, 1992) werden zusammen mit vergleichbaren Änderungen der „Anlage 1: Abfälle oder sonstige Stoffe, die für das Einbringen in Frage kommen“ des Protokolls zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 (London-Protokoll, 1996) durch eine gesonderte Verordnung in Kraft gesetzt.

<sup>2</sup> OSPAR Recommendation 2006/1 on Reporting Formats on the Implementation and Effectiveness of OSPAR Measures Relating to the Vinyl Chloride Industry.

Formationen. Ersterer untersagt das Einbringen von CO<sub>2</sub> ins Meerwasser. Letztere regelt das Einbringen von CO<sub>2</sub> in geologische Formationen des Meeresuntergrunds des OSPAR-Gebiets.

Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Ihr Inkrafttreten auf OSPAR-Ebene erfordert, dass nach Ablauf der Einspruchsfrist von 200 Tagen eine Dreiviertelmehrheit der Vertragsparteien den Beschlüssen weiterhin zustimmt (Artikel 13 Absatz 2 des OSPAR-Übereinkommens).

Die oben genannten drei Beschlüsse sollen durch Erlass der vorliegenden Verordnung für Deutschland in Kraft gesetzt werden.

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte**

#### 1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufgaben

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

#### 2. Vollzugsaufwand

- Durch die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2006/1 wird die Berichterstattung zu zwei Beschlüssen und zwei Empfehlungen zusammengefasst, so dass eine deutliche Verringerung des Vollzugsaufwandes zu erwarten ist.
- Die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2007/1 lässt keine nennenswerten Vollzugskosten für Bund und Länder erwarten.
- Die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2007/2 lässt Vollzugskosten für die Genehmigungsbehörden dann erwarten, wenn Projekte zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und anschließenden Einlagerung in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds genehmigt werden. Die Vollzugskosten können je nach Projekt erheblich (Einrichtung von Speichern) und dauerhaft (Überwachung) sein.

## **E. Sonstige Kosten**

### ***Beschlüsse 2006/1 und 2007/1***

Durch die Umsetzung der Beschlüsse 2006/1 und 2007/1 entstehen für Wirtschaftsunternehmen keine zusätzlichen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

### ***Beschluss 2007/2***

Der Wirtschaft, insbesondere mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Inkraftsetzung des Beschlusses 2007/2 keine unmittelbaren Kosten. Da hiermit lediglich die Möglichkeit zur dauerhaften Speicherung von CO<sub>2</sub> in geologischen Schichten des Meeresuntergrunds eröffnet wird, werden damit verbundene (Investitions-)Kosten erst dann entstehen, wenn sich das Verfahren als eine wirtschaftliche Klimaschutzoption für die Wirtschaft darstellt.

Nach heutigem Kenntnisstand ist längerfristig ist nicht zu erwarten, dass sich durch die Inkraftsetzung des Beschlusses unmittelbare Auswirkungen auf Einzelpreise von Waren und Dienstleistungen infolge von Kostenüberwälzungen ergeben. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Speicherung aus Kostengründen vorrangig in geeigneten ausgeförderten Erdöl- und Erdgaslagerstätten mit bekannter geologischer Formation erfolgen und durch Erdöl- und Erdgasproduzenten auf der Basis des dort vorhandenen Fachwissens erfolgen würde. Die beiden Lagerstätten in der deutschen Nordsee, die nach Eignungsprüfung gegebenenfalls für eine Speicherung in Frage kämen, werden noch längerfristig ausgebeutet und stehen somit derzeit für eine Speicherung nicht zur Verfügung. Unmittelbare Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau treten somit nicht ein.

## **F. Bürokratiekosten**

Für Bürgerinnen und Bürger entstehen durch die Inkraftsetzung der Beschlüsse keinerlei Berichtspflichten und somit auch keine Bürokratiekosten.

### ***Beschlüsse 2006/1 und 2007/1***

Der Beschluss 2006/1 vereinfacht die Berichterstattung gegenüber der bisherigen Beschlusslage und reduziert insofern die damit verbundenen Kosten.

Der Beschluss 2007/1 enthält keine Berichtspflichten.

### **Beschluss 2007/2**

Kosten für die Berichterstattung zu diesem Beschluss entstehen erst, sofern die Erlaubnis zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologische Formationen des Meeresuntergrunds beantragt und erteilt wird. Sie entstehen bei der Behörde, die für die Berichterstattung fachlich zuständig ist. Berichtspflichten des Betreibers entstehen auf anderer rechtlicher Grundlage (z. B. Bergrecht, zukünftiges CCS-Gesetz). Sie stehen im Zusammenhang mit der Erteilung einer Genehmigung auf diesen anderen Rechtsgrundlagen und decken die Berichtspflichten dieses Beschlusses ab, so dass für den Betreiber keine zusätzlichen Kosten entstehen.

### **G. Gender-Mainstreaming**

Die Verordnung hat keine Gleichstellungsrelevanz, da die drei Beschlüsse, die mit ihr in Kraft gesetzt werden, keinerlei geschlechtsspezifische Inhalte haben.

### **H. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung**

Der Beschluss 2006/1 hat hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung keine Auswirkungen.

Der Beschluss 2007/1 verhindert mit seinem Einbringungsverbot für CO<sub>2</sub> in die Wassersäule die lokale Versauerung des Meerwassers und trägt somit zum Schutz der Artenvielfalt bei.

Der Beschluss 2007/2 dient dazu, die Voraussetzungen der Speicherung von CO<sub>2</sub>-Strömen zu regeln und hierbei die Dauerhaftigkeit und Umweltverträglichkeit einer möglichen Speicherung von CO<sub>2</sub>-Strömen im Meeresuntergrund sicherzustellen. Als Grundvoraussetzung bedarf er der Zulassung der Einbringung von CO<sub>2</sub>-Strömen in geologische Formationen des Meeresuntergrunds als Ausnahme von einschlägigen Verboten des OSPAR-Übereinkommens (siehe parallele Verordnung zur Änderung des Londoner Protokolls von 1996 und des OSPAR-Übereinkommens von 1992). Mit der dauerhaften CO<sub>2</sub>-Speicherung im Meeresuntergrund wird einerseits der Klimaänderung (Erderwärmung) und andererseits Erwärmung und Versauerung der Meere entgegengewirkt. Dieser Beschluss eröffnet Möglichkeiten, im Sinne der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie einen Beitrag im Rahmen der Nachhaltigkeitsindikatoren Klimaschutz und Artenvielfalt zu leisten. Jedoch ist zu beachten, dass die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung eines zusätzlichen Energieaufwands bedarf.



**Bundesrat**

Drucksache **244/10**

22.04.10

U

**Verordnung**  
des Bundesministeriums  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit

---

**Vierte Verordnung zu Beschlüssen der Kommission nach  
Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt  
des Nordostatlantiks (4. OSPAR-Verordnung)**

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, den 21. April 2010

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Bürgermeister  
Jens Böhrnsen  
Präsident des Senats der  
Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu erlassende

Vierte Verordnung zu Beschlüssen der Kommission nach Artikel 13 des  
Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks  
(4. OSPAR-Verordnung)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ronald Pofalla





**Vierte Verordnung zu Beschlüssen der Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks**

**(4. OSPAR-Verordnung)**

**Vom ...**

Auf Grund des Artikels 2 Nummer 2 des Gesetzes vom 23. August 1994 zu Internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355), der durch Artikel 67 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

**Artikel 1**

(1) Folgende Beschlüsse, die von der OSPAR-Kommission angenommen worden sind, werden hiermit in Kraft gesetzt:

1. der Beschluss 2006/1 vom 30. Juni 2006 zur Änderung des OSPAR-Beschlusses 98/4: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2-Dichlorethan (EDC) (BGBl. 1999 II S. 618 und 630), und des OSPAR-Beschlusses 98/5: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer (BGBl. 1999 II S. 618 und 640);
2. Beschluss 2007/1 vom 29. Juni 2007 zur Untersagung der Speicherung von Kohlendioxidströmen in der Wassersäule oder am Meeresgrund;
3. Beschluss 2007/2 vom 29. Juni 2007 zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen.

(2) Die Beschlüsse werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

**Artikel 2**

- (1) Artikel 1 Satz 1 Nummer 1, 2 oder 3 tritt an dem Tag in Kraft, an dem der in der jeweiligen Nummer genannte Beschluss für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Im Übrigen tritt die Verordnung am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Artikel 1 Satz 1 Nummer 1, 2 oder 3 tritt außer Kraft, wenn der in der jeweiligen Nummer genannte Beschluss für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.
- (3) Der jeweilige Tag des Inkrafttretens und der jeweilige Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 2010

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Norbert Röttgen

**OSPAR-Beschluss 2006/1 zur Änderung des**

**OSPAR-Beschlusses 98/4: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2 Dichlorethan (EDC), und des**

**OSPAR-Beschlusses 98/5: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer**

\* \* \*

**OSPAR Decision 2006/1 Amending**

**OSPAR Decision 98/4 on Emission and Discharge Limit Values for the Manufacture of Vinyl Chloride Monomer (VCM) including the Manufacture of 1,2-dichloroethane (EDC) and**

**OSPAR Decision 98/5 on Emission and Discharge Limit Values for the Vinyl Chloride Sector, Applying to the Manufacture of Suspension-PVC (s-PVC) from Vinyl Chloride Monomer**

\* \* \*

**OSPAR Décision 2006/1 amendant**

**la Décision OSPAR 98/4 sur les plafonds d'émission et de rejet applicables à la fabrication du chlorure de vinyle monomère (CVM), y compris la fabrication du 1,2-dichloroéthane (DCE) et**

**la Décision OSPAR 98/5 sur les plafonds d'émission et de rejet dans le secteur du chlorure de vinyle, applicables à la fabrication du PVC en suspension (s-PVC) à partir du chlorure de vinyle monomère (CVM)**

*(Übersetzung)*

Recalling Article 2(1) and (3) and Article 22 of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic ("OSPAR Convention");

Recalling that the OSPAR Commission has adopted:

OSPAR Decision 98/4 on Emission and Discharge Limit Values for the Manufacture of Vinyl Chloride Monomer (VCM) including the Manufacture of 1,2-dichloroethane (EDC);

OSPAR Decision 98/5 on Emission and Discharge Limit Values for the Vinyl Chloride Sector, Applying to the Manufacture of Suspension-PVC (s-PVC) from Vinyl Chloride Monomer;

Rappelant les paragraphes 1 et 3 de l'article 2 et l'article 22 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est (« Convention OSPAR »);

Rappelant que la Commission OSPAR a adopté :

la Décision OSPAR 98/4 sur les plafonds d'émission et de rejet applicables à la fabrication du chlorure de vinyle monomère (CVM), y compris la fabrication du 1,2-dichloroéthane (DCE) ;

la Décision OSPAR 98/5 sur les plafonds d'émission et de rejet dans le secteur du chlorure de vinyle, applicables à la fabrication du PVC en suspension (s-PVC) à partir du chlorure de vinyle monomère (CVM) ;

Eingedenk des Artikels 2 Absätze 1 und 3 sowie des Artikels 22 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks („OSPAR-Übereinkommen“);

eingedenk der Annahme nachstehender Beschlüsse durch die OSPAR-Kommission:

OSPAR-Beschluss 98/4: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für die Herstellung von Vinylchloridmonomer (VCM), einschließlich der Herstellung von 1,2 Dichlorethan (EDC);

OSPAR-Beschluss 98/5: Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für den Vinylchloridsektor zur Anwendung bei der Herstellung von Suspensions-PVC (S-PVC) aus Vinylchloridmonomer;

Noting that the OSPAR Commission adopted Recommendation 2006/1 on Reporting Formats on the Implementation and Effectiveness of OSPAR Measures Relating to the Vinyl Chloride Industry to rationalize the existing commitments of the Contracting Parties within the framework of the OSPAR Convention to report on the implementation and effectiveness of measures relating to the use of best available techniques to, and the emissions and discharges from, the vinyl chloride industry;

Noting that OSPAR Recommendation 2006/1 replaces existing implementation reporting formats in OSPAR measures relating to the vinyl chloride sector with one single reporting format and aligns the reporting years set out in these measures;

Noting that OSPAR Recommendation 2006/1 also affects the provisions on implementation reporting of OSPAR Decisions 98/4 and 98/5;

Wishing to bring the provisions on implementation reporting in OSPAR Decisions 98/4 and 98/5 in line with the provisions of OSPAR Recommendation 2006/1;

The Contracting Parties to the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic decide:

1. The obligations in the second sentence of section 5.1 of OSPAR Decision 98/4, and in the second sentence of section 5.1 of OSPAR Decision 98/5 are revoked and replaced by:

"In respect of existing plants reports should be submitted to the appropriate OSPAR subsidiary body for the first time in the intersessional period 2008/2009 and every four years thereafter until this Decision is fully implemented unless otherwise specified by the Commission."

Notant que la Commission OSPAR a adopté la Recommandation 2006/1 sur les formulaires de notification de la mise en oeuvre et de la mise en conformité des mesures OSPAR relatives à l'industrie de chlorure de vinyle afin de rationaliser les engagements actuels des Parties contractantes dans le cadre de la Convention OSPAR, à savoir rendre compte de la mise en oeuvre et de la mise en conformité des mesures visant l'application des meilleures techniques disponibles à, et les émissions et rejets de, l'industrie de chlorure de vinyle ;

Notant que la Recommandation OSPAR 2006/1 remplace les formulaires actuels de notification figurant dans les mesures OSPAR concernant le secteur du chlorure de vinyle par un seul et unique formulaire de notification et concorde les années où les rapports doivent être présentés, telles que fixées dans ces mesures ;

Notant que la Recommandation OSPAR 2006/1 porte également atteinte aux dispositions concernant les rapports de mise en oeuvre des Décisions OSPAR 98/4 et 98/5 ;

Désireuses d'aligner les dispositions portant sur les rapports de mise en oeuvre dans les Décisions OSPAR 98/4 et 98/5 sur les dispositions de la Recommandation OSPAR 2006/1 ;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est décident :

1. Les exigences stipulées dans la deuxième phrase de la partie 5.1 de la Décision OSPAR 98/4, et dans la deuxième phrase de la partie 5.1 de la Décision OSPAR 98/5 sont annulées et remplacées par le texte suivant:

« Dans le cas des installations existantes, les rapports seront remis à l'organe subsidiaire OSPAR compétent pour la première fois pendant l'intersession 2008/2009 et, ultérieurement tous les quatre ans jusqu'à ce que cette Décision ait été pleinement mise en oeuvre, sauf indication contraire par la Commission. »

in Anbetracht dessen, dass die OSPAR-Kommission die Empfehlung 2006/1 über Formblätter zur Berichterstattung über die Durchführung und Wirksamkeit von OSPAR-Maßnahmen bezüglich der Vinylchlorid-Industrie angenommen hat, um die im Rahmen des OSPAR-Übereinkommens bestehenden Verpflichtungen der Vertragsparteien zur Berichterstattung über die Durchführung und Wirksamkeit von Maßnahmen hinsichtlich der Anwendung der besten für die Vinylchlorid-Industrie verfügbaren Techniken und hinsichtlich der Emissionen und Einleitungen aus der Vinylchlorid-Industrie zu vereinfachen;

in Anbetracht dessen, dass durch die OSPAR-Empfehlung 2006/1 die in OSPAR-Maßnahmen bezüglich des Vinylchloridsektors bestehenden Formblätter für die Durchführungsberichterstattung durch ein einziges Formblatt ersetzt und die in diesen Maßnahmen festgelegten Berichtsjahre vereinheitlicht werden;

in Anbetracht dessen, dass die OSPAR-Empfehlung 2006/1 auch die Bestimmungen der OSPAR-Beschlüsse 98/4 und 98/5 über die Umsetzungsberichterstattung berührt;

in dem Bestreben, die Bestimmungen über die Umsetzungsberichterstattung in den OSPAR-Beschlüssen 98/4 und 98/5 mit den Bestimmungen der OSPAR-Empfehlung 2006/1 in Einklang zu bringen –

beschließen die Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks Folgendes:

1. Absatz 5.1 Satz 2 des OSPAR-Beschlusses 98/4 und Absatz 5.1 Satz 2 des OSPAR-Beschlusses 98/5 werden aufgehoben und jeweils durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Für bestehende Anlagen sollen die Berichte dem zuständigen OSPAR-Nebenorgan erstmalig in der Zeit zwischen den Sitzungsperioden 2008 und 2009 und danach alle vier Jahre vorgelegt werden, bis dieser Beschluss vollständig umgesetzt ist oder die Kommission anderweitig entscheidet."

2. The reporting formats in the Appendix of OSPAR Decisions 98/4 and 98/5 are superseded by the reporting format at Appendix 1 of Recommendation 2006/1.

3. This Decision enters into force on 15 January 2007.

2. Les formulaires de notification en appendice aux Décisions OSPAR 98/4 et 98/5 sont annulés et remplacés par le formulaire de notification en appendice 1 à la Recommandation OSPAR 2006/1.

3. La présente Décision prend effet le 15 janvier 2007.

2. Die Formblätter zur Berichterstattung in dem jeweiligen Anhang zu den OSPAR-Beschlüssen 98/4 und 98/5 werden durch das Formblatt zur Berichterstattung in Anhang 1 der Empfehlung 2006/1\* ersetzt.

3. Dieser Beschluss tritt am 15. Januar 2007 in Kraft.

---

\* Hinweis für den Nutzer dieser Verordnung: Die OSPAR-Empfehlung 2006/1 über Formblätter zur Berichterstattung über die Durchführung und Wirksamkeit von OSPAR-Maßnahmen für die Vinylchlorid-Industrie kann in der gleichermaßen verbindlichen englischen oder französischen Fassung von der Sektion Measures, List of Recommendations bzw. Mesures, Recommandations - Textes des mesures von der Website [www.ospar.org](http://www.ospar.org) heruntergeladen werden.

## **OSPAR-Beschluss 2007/1 zum Verbot der Speicherung von Kohlendioxidströmen in der Wassersäule oder am Meeresgrund**

## **OSPAR Decision 2007/1 to Prohibit the Storage of Carbon Dioxide Streams in the Water Column or on the Sea-bed**

## **Décision OSPAR 2007/1 interdisant le stockage des flux de dioxyde de carbone dans la colonne d'eau ou sur le fond marin**

*(Übersetzung)*

Recalling the general obligations in Article 2 of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic;

Rappelant les obligations générales de l'Article 2 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-est ;

Eingedenk der allgemeinen Verpflichtungen in Artikel 2 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks;

Being seriously concerned by the implications for the marine environment of climate change and ocean acidification due to elevated concentrations of carbon dioxide in the atmosphere;

Sérieusement préoccupées par les implications pour le milieu marin du changement climatique et de l'acidification de l'océan dus aux concentrations élevées de dioxyde de carbone dans l'atmosphère ;

ernstlich besorgt über die Auswirkungen der Klimaänderungen und der Versauerung des Meeres aufgrund erhöhter Kohlendioxid-Konzentrationen in der Atmosphäre auf die Meeresumwelt;

Emphasising the need to further develop renewable and low carbon forms of energy generation and use;

Insistant sur le besoin de poursuivre le développement de la production et de l'utilisation de types d'énergie renouvelable et à faible production de carbone ;

unter Betonung der Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Energieformen;

Recognising that carbon dioxide capture and storage is one of a portfolio of options to reduce levels of atmospheric carbon dioxide, and that it represents an important interim supplement to measures for the reduction or prevention of carbon dioxide emissions and should not be considered as a substitute for such measures;

Reconnaissant que la capture et le stockage du dioxyde de carbone constituent une approche, parmi un ensemble d'options destinées à réduire les niveaux de dioxyde de carbone atmosphérique et qu'ils représentent un complément intérimaire important aux mesures de réduction ou de prévention des émissions de dioxyde de carbone et ne doivent pas être envisagés comme un remplacement de telles mesures ;

in der Erkenntnis, dass die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid eine aus einer ganzen Reihe von Möglichkeiten zur Verminderung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre ist und dass dies eine wichtige Übergangsmaßnahme zur Ergänzung von Maßnahmen zur Verminderung und Verhütung von Kohlendioxidemissionen darstellt und nicht als Ersatz für solche Maßnahmen anzusehen ist;

Noting that, since the adoption of the Convention, developments in technology have made it possible to capture carbon dioxide from industrial and energy-related sources, transport it and inject it into geological formations for long-term isolation from the atmosphere and the sea;

Prenant note du fait que, depuis l'adoption de la Convention, les avancées technologiques rendent désormais possible la capture du dioxyde de carbone des sources industrielles et relatives à l'énergie, son transport et son injection dans les structures géologiques pour un isolement à long terme de l'atmosphère et de la mer ;

in Anbetracht dessen, dass Fortschritte in der technischen Entwicklung seit der Annahme des Übereinkommens es ermöglicht haben, Kohlendioxid aus Industriequellen und energiebezogenen Quellen abzuscheiden, zu transportieren und in geologische Formationen einzuspeichern, um es langfristig von Atmosphäre und Meer fernzuhalten;

Having agreed to amend Annexes II and III to the Convention to facilitate the long-term safe storage of carbon dioxide streams in geological formations and noting that regulating such activity is within the scope of the Convention;

Ayant convenu d'amender les Annexes II et III à la Convention pour faciliter le stockage à long terme, en toute sécurité, des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques, et prenant note du fait que la réglementation d'une telle activité relève des compétences de la Convention ;

einig in dem Entschluss, die Anlagen II und III des Übereinkommens zu ändern, um die langfristige sichere Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen zu ermöglichen, und in Anbetracht dessen, dass die Regelung einer solchen Tätigkeit in den Geltungsbereich des Übereinkommens fällt;

Convinced that carbon dioxide storage in the water column or on the sea-bed is not a sustainable storage option, is likely to result in harm to living resources and marine ecosystems and is thus neither a viable solution with regard to mitigating climate change nor compatible with the aims of the Convention;

Concerned that in international fora ocean storage of carbon dioxide in the water column or on the seabed is nevertheless still under consideration;

Noting Article 1(g)(i) which excludes from the definition of dumping the disposal of wastes or other matter incidental to, or derived from, the normal operations of vessels or aircraft as defined in Article 1(n) or offshore installations as defined in Article 1(l);

Noting further Article 1(g)(ii) which excludes from the definition of dumping the placement of matter for a purpose other than the mere disposal thereof;

The Contracting Parties to the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic decide that:

The placement<sup>1</sup> of carbon dioxide streams in the water column or on the seabed is prohibited, unless it results from normal operations as described in Article 1(g)(i) of the Convention or is for a purpose other than the mere disposal thereof as described in Article 1(g)(ii) of the Convention and is in accordance with the relevant provisions of the Convention.

This Decision enters into force on 15 January 2008.

Convaincues que le stockage du dioxyde de carbone dans la colonne d'eau ou sur le fond marin n'est pas une option de stockage durable, qu'il finira probablement par nuire aux ressources vivantes et aux écosystèmes marins et que ces solutions ne sont donc ni viables en ce qui concerne la réduction du changement climatique ni compatibles avec les objectifs de la Convention ;

Préoccupées par le fait que le stockage océanique dans la colonne d'eau ou sur le fond marin est néanmoins toujours à l'étude au sein des instances internationales ;

Notant l'Article 1(g)(i) qui exclut de la définition du terme « immersion » le déversement de déchets ou autres matières produits directement ou indirectement lors de l'exploitation normale de navires ou d'aéronefs tels que définis dans l'Article 1(n) ou d'installations offshore telles que définies dans l'Article 1(l) ;

Notant encore l'Article 1(g)(ii) qui exclut de la définition du terme « immersion » le dépôt de matières à des fins autres que leur simple élimination ;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-est décident que :

Le dépôt<sup>1</sup> des flux de dioxyde de carbone dans la colonne d'eau ou sur le fond marin est interdit, à moins qu'il ne découle d'opérations normales, telles que décrites à l'article 1(g)(i) de la Convention ou qu'il soit effectué à des fins autres que leur simple élimination telles que décrites à l'article 1(g)(ii) de la Convention et qu'il soit conforme aux dispositions pertinentes de la Convention.

La présente décision entrera en vigueur le 15 janvier 2008.

überzeugt, dass die Speicherung von Kohlendioxid in der Wassersäule oder am Meeresboden keine nachhaltige Speichermöglichkeit ist, dass sich daraus eine Schädigung der lebenden Ressourcen und von Meeresökosystemen ergeben kann und dass sie deshalb weder eine tragfähige Lösung zur Abschwächung der Klimaänderungen darstellt noch mit den Zielen des Übereinkommens vereinbar ist;

besorgt darüber, dass in internationalen Foren die Speicherung von Kohlendioxid in der Wassersäule oder am Meeresboden dennoch weiterhin in Betracht gezogen wird;

in Anbetracht des Artikels 1 Buchstabe g Ziffer i, der die Beseitigung von Abfällen oder sonstigen Stoffen, die mit dem normalen Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen, wie sie in Artikel 1 Buchstabe n, oder von Offshore-Anlagen, wie sie in Artikel 1 Buchstabe l definiert sind, zusammenhängen oder davon herrühren, von der Definition des Einbringens ausschließt;

ferner in Anbetracht des Artikels 1 Buchstabe g Ziffer ii, der das Absetzen von Stoffen zu einem anderen Zweck als dem der bloßen Beseitigung von der Definition des Einbringens ausschließt –

beschließen die Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks Folgendes:

Das Absetzen<sup>1</sup> von Kohlendioxidströmen in der Wassersäule oder am Meeresboden ist verboten, es sei denn, es rührt von dem in Artikel 1 Buchstabe g Ziffer i des Übereinkommens beschriebenen normalen Betrieb her oder dient einem anderen Zweck als der bloßen Beseitigung wie in Artikel 1 Buchstabe g Ziffer ii des Übereinkommens beschrieben und erfolgt in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens.

Dieser Beschluss tritt am 15. Januar 2008 in Kraft.

<sup>1)</sup> For the purpose of this Decision, the term "placement" encompasses the term "disposal".

<sup>1)</sup> Aux fins de la présente Décision, le terme « dépôt » couvre le terme « élimination ».

<sup>1)</sup> Im Sinne dieses Beschlusses umfasst der Begriff "Absetzen" auch den Begriff "Beseitigung".

## **OSPAR-Beschluss 2007/2 zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen**

### **OSPAR Decision 2007/2 on the Storage of Carbon Dioxide Streams in Geological Formations**

### **Décision OSPAR 2007/2 sur le stockage des flux de dioxyde de carbone dans des structures géologiques**

*(Übersetzung)*

Recalling the general obligations in Article 2 of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic;

Rappelant les obligations générales de l'Article 2 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-est ;

Eingedenk der allgemeinen Verpflichtungen in Artikel 2 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks;

Recalling Article 21 of the Convention on procedures for consultation between Contracting Parties;

Rappelant l'Article 21 de la Convention concernant les procédures de consultation entre les Parties contractantes ;

eingedenk des Artikels 21 des Übereinkommens bezüglich der Verfahren für Konsultationen zwischen den Vertragsparteien;

Recalling also the adoption of the amendments of Annex II and Annex III to the OSPAR Convention relating to the storage of carbon dioxide streams in geological formations;

Rappelant également l'adoption des amendements des Annexes II et III à la Convention, relatifs au stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques ;

ferner eingedenk der Annahme der Änderungen der Anlagen II und III des OSPAR-Übereinkommens hinsichtlich der Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen;

Emphasising the need for the storage of carbon dioxide streams to be environmentally safe and to ensure net reductions of carbon dioxide emissions;

Insistant sur la nécessité de stocker des flux de dioxyde de carbone en toute sécurité pour l'environnement et de s'assurer que les émissions de dioxyde de carbone sont nettement réduites ;

unter Betonung der Notwendigkeit, dass die Speicherung von Kohlendioxidströmen auf eine für die Umwelt sichere Weise erfolgt und zu Nettoverminderungen von Kohlendioxidemissionen führt;

Recalling that carbon dioxide capture and storage is not a mandatory obligation for the Contracting Parties to the Convention but an option which the individual Contracting Parties can choose to allow the use of;

Rappelant que la capture et le stockage du dioxyde de carbone ne représentent pas un engagement obligatoire de la part des Parties contractantes à la Convention mais une possibilité que les Parties contractantes individuelles peuvent choisir d'utiliser ;

eingedenk dessen, dass die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid für die Vertragsparteien des Übereinkommens keine zwingende Verpflichtung darstellt, sondern eine Möglichkeit, deren Zulassung den einzelnen Vertragsparteien anheimgestellt ist;

Recognising the need for authorisation or regulation by the competent authorities of the Contracting Parties to effectively control the storage of carbon dioxide streams in geological formations;

Reconnaissant qu'il est nécessaire que les autorités compétentes des Parties contractantes aient un système d'autorisation et de réglementation afin de pouvoir contrôler de manière efficace le stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques;

in der Erkenntnis, dass es einer Genehmigung oder Regelung durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bedarf, um die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen wirksam kontrollieren zu können;

Recognising that guidance on the storage of carbon dioxide streams in geological formations will contribute to the short-term and long-term protection of the maritime area;

Reconnaissant que les orientations sur le stockage des flux de dioxyde de carbone dans des structures géologiques vont contribuer à la protection à court et à long terme de la zone maritime ;

in der Erkenntnis, dass eine Anleitung zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen dazu beitragen wird, das Meeresgebiet kurz- und langfristig zu schützen;

Welcoming the finalisation of the OSPAR Guidelines for Risk Assessment and Management of Storage of CO<sub>2</sub> Streams in Geological Formations;

Being aware of the fact that scientific knowledge of the environmental risks of storage of carbon dioxide streams in geological formations is in development and that the Guidelines for Risk Assessment and Management of Storage of Carbon Dioxide Streams in Geological Formations, including the Framework for Risk Assessment and Management, will be evaluated and reviewed as this knowledge progresses;

The Contracting Parties to the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic decide:

#### 1. Definitions

##### 1.1 For the purpose of this Decision:

'geological formations' means geological formations in the sub-soil of the OSPAR maritime area, including sub-seabed geological formations;

'carbon dioxide streams' means those streams that consist overwhelmingly of carbon dioxide from carbon dioxide capture processes for storage in geological formations in the sub-soil of the OSPAR maritime area. Provided that no wastes or other matter are added for the purpose of disposing of those wastes or other matter, the carbon dioxide streams may contain incidental associated substances derived from the source material and the capture, transport and storage processes used;

'operator' means companies operating or controlling the operations of installations used for the process of capture and storage of carbon dioxide streams in geological formations.

Accueillant favorablement la finalisation des lignes directrices OSPAR pour l'évaluation et la gestion des risques du stockage des flux de CO<sub>2</sub> dans les structures géologiques ;

Conscients du fait que les connaissances scientifiques des risques environnementaux du stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques continuent à évoluer, et que les lignes directrices OSPAR pour l'évaluation et la gestion des risques du stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques, y compris le Cadre pour l'évaluation et la gestion des risques, devront être évaluées et révisées au fur et à mesure que progressent les connaissances;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du Nord-est décident :

#### 1. Définitions

##### 1.1 Aux fins de la présente décision :

Le terme 'structures géologiques' désigne les structures géologiques situées dans le sous-sol de la zone maritime OSPAR, y compris les structures géologiques situées sous le niveau du fond marin ;

Le terme 'flux de dioxyde de carbone' désigne les flux qui consistent essentiellement en dioxyde de carbone provenant du processus de capture du dioxyde de carbone aux fins de son stockage dans des structures géologiques du sous-sol de la zone maritime OSPAR. Les flux de dioxyde de carbone peuvent contenir des substances associées accidentelles dérivées du matériau d'origine et des processus de capture, de transport et de stockage utilisés, à condition qu'aucun déchet ou autre matière ne soit ajoutés afin d'être éliminés ;

Le terme 'opérateur' désigne les entreprises qui exploitent les installations utilisées pour le processus de capture et de stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques et qui contrôlent les opérations de ces installations.

erfreut über die Fertigstellung der OSPAR-Leitlinien zur Bewertung und Bewältigung der Risiken einer Speicherung von CO<sub>2</sub>-Strömen in geologischen Formationen;

in dem Bewusstsein, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Umweltrisiken der Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen zunehmen und dass die Leitlinien zur Bewertung und Bewältigung der Risiken einer Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen, einschließlich der Rahmenvorgaben zur Bewertung und Bewältigung von Risiken, im Lichte des weiteren Erkenntnisgewinns bewertet und überprüft werden –

beschließen die Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks Folgendes:

#### 1. Begriffsbestimmungen

##### 1.1 Im Sinne dieses Beschlusses

bedeutet „geologische Formationen“ geologische Formationen im Untergrund des OSPAR-Meeresgebiets, einschließlich der geologischen Formationen unter dem Meeresboden;

bedeutet „Kohlendioxidströme“ Ströme, die zum weitaus überwiegenden Teil aus Kohlendioxid aus Verfahren für die Abscheidung von Kohlendioxid zur Speicherung in geologischen Formationen im Untergrund des OSPAR-Meeresgebiets bestehen. Unter der Voraussetzung, dass keine Abfälle oder sonstigen Stoffe hinzugefügt werden, um diese zu beseitigen, dürfen die Kohlendioxidströme zwangsläufige Beimengungen von Stoffen enthalten, die aus dem Ausgangsmaterial sowie aus den für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung angewandten Verfahren stammen;

bedeutet „Betreiber“ Unternehmen, die Anlagen zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen betreiben oder den Betrieb solcher Anlagen kontrollieren.



- |   |  |  |
|---|--|--|
| <p>2. Purpose and scope</p> <p>2.1 The purpose of the Decision is that by application of the OSPAR Guidelines for Risk Assessment and Management of Storage of CO<sub>2</sub> Streams in Geological Formations, authorities shall ensure that carbon dioxide streams, which are stored in geological formations, are intended to be retained in these formations permanently and will not lead to significant adverse consequences for the marine environment, human health and other legitimate uses of the maritime area.</p> <p>This Decision shall be applied to any regulatory action, such as the granting of permits or approvals by the competent authorities concerning the storage of carbon dioxide streams in geological formations.</p>  | <p>2. Objectif et portée</p> <p>2.1 L'objectif de la présente décision est qu'en appliquant les lignes directrices OSPAR pour l'évaluation et la gestion des risques du stockage des flux de CO<sub>2</sub> dans les structures géologiques, les autorités s'assureront que les flux de dioxyde de carbone qui sont stockés dans des structures géologiques, sont destinés à être confinés de manière permanente dans ces structures et n'entraîneront pas d'effets contraires significatifs pour le milieu marin, la santé de l'homme et les autres utilisations légitimes de la zone maritime.</p> <p>La présente décision s'appliquera à toute action réglementaire, telle que l'octroi de permis ou l'approbation de la part des autorités en ce qui concerne le stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures.</p>  | <p>2. Zweck und Geltungsbereich</p> <p>2.1 Dieser Beschluss hat zum Zweck, dass die Behörden durch Anwendung der OSPAR-Leitlinien zur Bewertung und Bewältigung der Risiken einer Speicherung von CO<sub>2</sub>-Strömen in geologischen Formationen sicherstellen, dass Kohlendioxidströme, die in geologischen Formationen gespeichert werden, dazu bestimmt sind, dauerhaft in diesen Formationen zu verbleiben, und nicht zu signifikant nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresumwelt, die menschliche Gesundheit und sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeresgebiets führen werden.</p> <p>Dieser Beschluss gilt für alle behördlichen Handlungen, die die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen betreffen, wie die Erteilung von Erlaubnissen oder Genehmigungen.</p>   |
| <p>3. Programmes and Measures</p> <p>3.1 The storage in geological formations of carbon dioxide streams from carbon dioxide capture processes shall not be permitted by Contracting Parties without authorisation or regulation by their competent authorities. Any authorisation or regulation shall be in accordance with the OSPAR Guidelines for Risk Assessment and Management of Storage of CO<sub>2</sub> Streams in Geological Formations, as updated from time to time. A decision to grant a permit or approval shall only be made if a full risk assessment and management process has been completed to the satisfaction of the competent authority and that the storage will not lead to significant adverse consequences for the marine environment, human health and other legitimate uses of the maritime area.</p> | <p>3. Programmes et Mesures</p> <p>3.1 Le stockage dans des structures géologiques des flux de dioxyde de carbone provenant des processus de capture du dioxyde de carbone ne doit pas être autorisé par les Parties contractantes sans qu'elles aient, au préalable, obtenu l'autorisation ou la réglementation correspondante auprès de leurs autorités compétentes. Toute autorisation ou réglementation doit être conforme aux lignes directrices OSPAR pour l'évaluation et la gestion des risques du stockage des flux de CO<sub>2</sub> dans les structures géologiques, telles que mises à jour régulièrement. On ne pourra prendre la décision de délivrer un permis ou un accord que si un processus d'évaluation et de gestion des risques complet a été réalisé à la satisfaction de l'autorité compétente et que le stockage n'entraînera pas d'effets contraires pour le milieu marin, la santé de l'homme et les autres utilisations légitimes de la zone maritime.</p> | <p>3. Programme und Maßnahmen</p> <p>3.1 Die Speicherung von Kohlendioxidströmen aus Abscheidungsverfahren in geologischen Formationen wird von den Vertragsparteien nicht ohne Genehmigung oder Regelung durch ihre zuständigen Behörden zugelassen. Jede Genehmigung oder Regelung erfolgt in Übereinstimmung mit der jeweils gültigen Fassung der OSPAR-Leitlinien zur Bewertung und Bewältigung der Risiken einer Speicherung von CO<sub>2</sub>-Strömen in geologischen Formationen*. Die Entscheidung zur Erteilung einer Erlaubnis oder Genehmigung darf nur getroffen werden, wenn ein vollständiges Verfahren zur Bewertung und Bewältigung der Risiken zur Zufriedenheit der zuständigen Behörde abgeschlossen wurde und die Speicherung nicht zu signifikant nachteiligen Auswirkungen auf die Meeresumwelt, die menschliche Gesundheit und sonstige rechtmäßige Nutzungen des Meeresgebiets führen wird.</p> |

\* Hinweis für den Nutzer dieser Verordnung: Die OSPAR-Leitlinien zur Bewertung und Bewältigung der Risiken einer Speicherung von CO<sub>2</sub>-Strömen in geologischen Formationen (Referenz Nummer: 2007-12) können in der jeweils gültigen englischen oder französischen Fassung von der Sektion Measures, List of Other Agreements bzw. Mesures, Autres Accords von der Website [www.ospar.org](http://www.ospar.org) heruntergeladen werden.

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <p>3.2 The provisions of the permit or approval shall ensure the avoidance of significant adverse effects on the marine environment, bearing in mind that the ultimate objective is permanent containment of CO<sub>2</sub> streams in geological formations. Any permit or approval issued shall contain at least:</p> | <p>3.2 Les provisions du permis ou de l'accord devront garantir que les effets préjudiciables significatifs sur le milieu marin sont évités, en gardant à l'esprit que l'objectif final est le confinement permanent des flux de CO<sub>2</sub> dans les structures géologiques. Tout permis ou toute approbation accordé(e) doit contenir au moins :</p> | <p>3.2 Durch die Bestimmungen der Erlaubnis oder Genehmigung ist sicherzustellen, dass signifikant nachteilige Auswirkungen auf die Meeresumwelt unter Berücksichtigung des Endziels eines dauerhaften Einschlusses von CO<sub>2</sub>-Strömen in geologischen Formationen vermieden werden. Jede Erlaubnis oder Genehmigung muss zumindest Folgendes enthalten:</p> |
| <p>1. a description of the operation, including injection rates;</p>  | <p>1. une description de l'opération, y compris les taux d'injection ;</p>  | <p>1. eine Beschreibung des Betriebs, einschließlich der Einspeicherraten;</p>   |
| <p>2. the planned types, amounts and sources of the CO<sub>2</sub> streams, including incidental associated substances, to be stored in the geological formation;</p>   | <p>2. les types de flux de CO<sub>2</sub>, les quantités et les sources prévus, notamment les substances associées accidentelles, qui seront stockés dans les structures géologiques ;</p>  | <p>2. die vorgesehenen Arten, Mengen und Quellen der CO<sub>2</sub>-Ströme, einschließlich der zwangsläufigen Beimengungen, die in der geologischen Formation gespeichert werden sollen;</p>   |
| <p>3. the location of the injection facility;</p>   | <p>3. l'emplacement de l'installation d'injection ;</p>   | <p>3. den Ort der Einspeicherungsanlage;</p>   |
| <p>4. characteristics of the geological formations</p>  | <p>4. les caractéristiques des structures géologiques ;</p>   | <p>4. die Beschaffenheit der geologischen Formationen;</p>   |
| <p>5. the methods of transport of the CO<sub>2</sub> stream;</p>  | <p>5. les méthodes de transport du flux de CO<sub>2</sub> ;</p>   | <p>5. die Art des Transports des CO<sub>2</sub>-Stroms;</p>  |
| <p>6. a risk management plan that includes:</p>   | <p>6. un plan de gestion des risques qui comprend :</p>   | <p>6. einen Plan zur Risikobewältigung, der Folgendes beinhaltet:</p>  |
| <p>i. monitoring and reporting requirements;</p>  | <p>i. les exigences de surveillance et de notification ;</p>  | <p>i. Anforderungen hinsichtlich Überwachung und Berichterstattung;</p>  |
| <p>ii. mitigation and remediation options including the pre-closure phases; and</p>   | <p>ii. les options d'atténuation et de remédiation, comprenant les phases pré-fermeture ; et</p>  | <p>ii. Minderungs- und Sanierungsmöglichkeiten einschließlich für die Phasen vor der Betriebsstilllegung und</p>   |
| <p>iii. a requirement for a site closure plan, including a description of post-closure monitoring and mitigation and remediation options; monitoring shall continue until there is confirmation that the probability of any future adverse environmental effects has been reduced to an insignificant level.</p>        | <p>iii. l'exigence d'un plan de fermeture de site, comprenant une description des options de surveillance, d'atténuation et de remédiation post-fermeture; la surveillance se poursuivra jusqu'à confirmation que la possibilité d'effets contraires à l'environnement à l'avenir est réduite à un niveau insignifiant.</p>                               | <p>iii. das Erfordernis eines Stilllegungsplans, einschließlich einer Beschreibung der Überwachungs-, Minderungs- und Sanierungsmöglichkeiten nach der Betriebsstilllegung; die Überwachung ist so lange fortzusetzen, bis feststeht, dass die Wahrscheinlichkeit zukünftiger nachteiliger Umweltauswirkungen auf eine nicht signifikante Höhe abgesenkt wurde.</p>  |

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <p>3.3 Permits or approvals shall be reviewed at regular intervals, taking into account the results of monitoring programmes and their objectives.</p>   | <p>3.3 Les permis ou approbations devront être examinés à intervalles réguliers, en tenant compte des résultats des programmes de surveillance et de leurs objectifs.</p>   | <p>3.3 Erlaubnisse oder Genehmigungen sind unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Ziele der Überwachungsprogramme in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.</p>   |
| <p>3.4 Contracting Parties shall also encourage operators to make publicly available plans for the storage of carbon dioxide streams in geological formations and subsequent progress reports on the realization and performance of the various phases of those activities throughout the life cycle of the project.</p> | <p>3.4 Les Parties contractantes devront également encourager les opérateurs à mettre à la disposition du public les plans de stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques ainsi que les rapports d'avancement correspondants sur la réalisation et la performance des diverses phases de ces activités pendant toute la durée de vie du projet.</p> | <p>3.4 Ferner bestärken die Vertragsparteien die Betreiber darin, die Pläne für die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen sowie nachfolgende Fortschrittsberichte über die Durchführung und die Effektivität der verschiedenen Phasen dieser Tätigkeiten während des gesamten Projektverlaufs öffentlich verfügbar zu machen.</p> |
| <p>3.5 The competent authorities shall require reports, including post-closure reports on the results of the risk assessment and management process from the operator. The data from these reports shall be made available to the Commission.</p>  | <p>3.5 Les autorités compétentes exigeront de l'opérateur des rapports sur le processus d'évaluation et de gestion des risques, et notamment de rapports réalisés après la fermeture. Les données qui figurent dans ces rapports seront communiquées à la Commission.</p>   | <p>3.5 Die zuständigen Behörden verlangen von den Betreibern Berichte über die Ergebnisse des Verfahrens zur Bewertung und Bewältigung von Risiken, einschließlich von Berichten nach Betriebsstilllegung. Die Berichtsdaten werden der Kommission zur Verfügung gestellt.</p>  |
| <p>3.6 Sufficient stakeholder involvement shall be ensured in the process of risk assessment and management as to ensure completeness in the assessment process.</p>   | <p>3.6 On fera en sorte que les parties prenantes soient suffisamment impliquées dans le processus d'évaluation et de gestion des risques afin de s'assurer que le processus d'évaluation soit complet.</p>   | <p>3.6 Hinsichtlich des Verfahrens zur Bewertung und Bewältigung von Risiken wird eine ausreichende Beteiligung der Betroffenen sichergestellt, um die Vollständigkeit des Bewertungsverfahrens sicherzustellen.</p>  |
| <p>4. Entry into Force</p>   | <p>4. Entrée en vigueur</p>   | <p>4. Inkrafttreten</p>   |
| <p>4.1 This Decision enters into force, in respect of storage in accordance with Annex I to the Convention, on 15 January 2008 and, in respect of storage in accordance with Annexes II and III, from the date of entry into force of the amendments of those Annexes.</p>   | <p>4.1 Cette décision entrera en vigueur, pour ce qui concerne le stockage conformément à l'annexe I de la Convention, le 15 janvier 2008, et, pour ce qui concerne le stockage conformément aux annexes II et III, à partir de la date d'entrée en vigueur des amendements à ces annexes.</p>  | <p>4.1 Dieser Beschluss tritt hinsichtlich der Speicherung nach Anlage I des Übereinkommens am 15. Januar 2008 in Kraft und hinsichtlich der Speicherung nach den Anlagen II und III am Tag des Inkrafttretens der Änderungen jener Anlagen.</p>  |
| <p>5. Implementation Report</p>  | <p>5. Rapport de mise en oeuvre</p>   | <p>5. Durchführungsbericht</p>  |
| <p>5.1 A Contracting Party that issues a permit for the storage of carbon dioxide streams in geological formations shall notify the Executive Secretary. The Executive Secretary shall send copies of the notification to all Contracting Parties.</p>   | <p>5.1 Une Partie contractante qui accorde un permis pour le stockage des flux de dioxyde de carbone dans des structures géologiques notifiera le Secrétaire exécutif. Le Secrétaire exécutif transmettra à toutes les Parties contractantes un exemplaire de la notification.</p>  | <p>5.1 Eine Vertragspartei, die eine Erlaubnis zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen erteilt, notifiziert dies dem Exekutivsekretär. Der Exekutivsekretär übersendet Kopien dieser Notifikation an alle Vertragsparteien.</p>   |

5.2 Subsequent to the notification of a permit, the Contracting Party shall report to the next meeting of the appropriate OSPAR subsidiary body on the implementation of this Decision using, to the extent possible, the format as set out in Appendix 1. Subsequent implementation reports shall be made annually.

5.2 A la suite de la notification d'un permis, la Partie contractante informera la prochaine réunion de l'organe subsidiaire OSPAR pertinent de la mise en oeuvre de cette Décision en utilisant, dans la mesure du possible, le formulaire en appendice 1. Des rapports ultérieurs de mise en oeuvre seront réalisés annuellement.

5.2 Nach der Notifikation einer Erlaubnis berichtet die Vertragspartei dem zuständigen OSPAR-Nebenorgan zu seiner nächsten Sitzung über die Durchführung dieses Beschlusses und verwendet dazu so weit wie möglich das Formblatt nach Anhang 1. Weitere Durchführungsberichte werden jährlich erstattet.

### Formblatt für die Berichterstattung über die Durchführung des OSPAR-Beschlusses 2007/2 zur Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen

(Anmerkung: Nach Absatz 5.2 des Beschlusses soll so weit wie möglich dieses Formblatt für die Berichterstattung über die Durchführung des Beschlusses verwendet werden. Bitte geben Sie die Gründe an, sofern Daten und Informationen, die mit dem Durchführungsbericht zur Wirksamkeit erbeten werden, nicht zur Verfügung gestellt werden können.)

#### I. Durchführungsbericht zur Einhaltung

Land:

Es gilt ein Vorbehalt

Findet die Maßnahme in Ihrem Land Anwendung?

Falls nicht, Gründe angeben (z. B. keine entsprechende Anlage)

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

<b>Mittel der Durchführung:</b>	Rechtsvorschrift	Verwaltungsakt	Freiwillige Vereinbarung
	ja/nein <sup>1)</sup>	ja/nein <sup>1)</sup>	ja/nein <sup>1)</sup>

Angaben über

- a) die zur Durchführung dieser Maßnahme konkret unternommenen Schritte;
- b) Schwierigkeiten wie praktische oder rechtliche Hindernisse bei der Durchführung dieser Maßnahme;
- c) die Gründe für eine unvollständige Durchführung dieser Maßnahme sowie Angaben dazu, was für eine vollständige Durchführung vorgesehen ist;
- d) Fortschritte in Richtung auf eine Aufhebung des Vorbehalts, sofern zutreffend.

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

#### II. Durchführungsbericht zur Wirksamkeit

Hinsichtlich folgender Punkte sollen die Vertragsparteien die zur Prüfung der Einhaltung der Leitlinien erforderlichen Informationen übermitteln:

Allgemeine Informationen	Bezugsjahr
Anzahl der insgesamt erteilten Erlaubnisse	
Werden die Leitlinien eingehalten?	ja/nein <sup>2)</sup>
Menge des gespeicherten CO <sub>2</sub> (Tonnen)	
Nettomenge des gespeicherten CO <sub>2</sub> (Tonnen)	

Anlagenbezogene Informationen	Bezugsjahr
Chemische Zusammensetzung des CO <sub>2</sub> -Stroms	
Art der Speicherformation	
Beobachtete Leckageraten und Expositions-pfade	
- erwartete Auswirkungen der Leckage	
Beobachtete Auswirkungen auf die Meeresumwelt und andere rechtmäßige Nutzungen des Meeresgebiets	
Ergriffene Maßnahmen (zur Minderung von Auswirkungen)	

Liste der Speicherorte (einschließlich der Koordinaten der / des Einspeicherorte(s))
- .....
.....
- .....
.....
- .....
.....

<sup>1)</sup> Unzutreffendes streichen

<sup>2)</sup> Bitte begründen, wenn „nein“

### Format for Reporting on Implementation of OSPAR Decision 2007/2 on the Storage of Carbon Dioxide Streams in Geological Formations

*(Note: In accordance with paragraph 5.2 of the Decision, this format should be used to the extent possible in implementation reports. Please state the reasons, if data and information requested under the Implementation Report on Effectiveness cannot be provided.)*

**I. Implementation Report on Compliance**

Country:

Reservation applies

Is measure applicable in your country?

If not applicable, then state why not (e.g. no relevant installation)

.....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....

<b>Means of implementation:</b>	by legislation	by administrative action	by negotiated agreement
	yes/no <sup>1)</sup>	yes/no <sup>1)</sup>	yes/no <sup>1)</sup>

Please provide information on:

- a. specific measures taken to give effect to this measure;
- b. any special difficulties encountered, such as practical or legal problems, in the implementation of this measure;
- c. the reasons for not having fully implemented this measure should be spelt out clearly and plans for full implementation should be reported;
- d. if appropriate, progress towards being able to lift the reservation.

.....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....

**II. Implementation Report on Effectiveness**

Information which is needed to check compliance with the guidelines should be reported by the Contracting Parties with regard to the following topics:

General basis	Year concerned
Cumulative number of permits issued	
Are guidelines implemented	yes/no <sup>2)</sup>
Amount CO <sub>2</sub> stored (tonnes)	
Net amount of CO <sub>2</sub> stored (tonnes)	

Site by site basis	Year concerned
Chemical composition of the CO <sub>2</sub> stream	
Type of storage formation	
Any observed leakage rates and exposure pathways	
- any expected impacts from this leakage	
Any observed impacts on the marine environment and other legitimate uses of the maritime area	
Any (mitigative) measures taken	

Liste of storage sites (including the coordinates of the injection site(s))
- .....
.....
- .....
.....
- .....
.....

<sup>1)</sup> Delete whichever is not appropriate

<sup>2)</sup> If "no", indicate the reasons.

## Formulaire de compte rendu de mise en œuvre de la décision OSPAR 2007/ 2 sur le stockage des flux de dioxyde de carbone dans les structures géologiques

(Note: Conformément au paragraphe 5.2 de la décision, le formulaire ci-dessous devra être utilisé, dans la mesure du possible, pour les rapports de mise en œuvre. Si vous n'êtes pas en mesure de communiquer les données et les informations requises dans le cadre du rapport de mise en œuvre sur l'efficacité, veuillez en indiquer les raisons)

### I. Compte rendu de mise en conformité

Pays:

Une réserve s'applique

La mesure est-elle applicable dans votre pays?

Si elle ne l'est pas, préciser pour quelle raison (p.ex. il n'y a pas d'installation à laquelle elle pourrait s'appliquer)

.....

.....

.....

.....

.....

Mode de mise en œuvre:

Législation	Mesure administrative	Accord négocié
Oui/non <sup>1</sup>	Oui/non <sup>1</sup>	Oui/non <sup>1</sup>

Bien vouloir donner des renseignements sur les éléments suivants :

- mesures prises spécifiquement afin de donner effet à la présente mesure ;
- difficultés particulières qui se sont présentées, telles que problèmes pratiques ou juridiques, dans l'application de la présente mesure ;
- les raisons pour lesquelles la présente mesure n'a pas été entièrement appliquée devraient être clairement indiquées, de même que ce qui est prévu pour la mettre pleinement en œuvre ;
- s'il y a lieu, les progrès accomplis dans le sens de la levée des réserves.

.....

.....

.....

.....

.....

### II. Rapport de mise en œuvre de l'efficacité

Les informations nécessaires à la vérification de la conformité aux lignes directrices seront notifiées par les Parties contractantes sur les sujets suivants :

Sur le plan général	Année pertinente
Nombre total de permis délivrés	
Les lignes directrices sont-elles mises en œuvre	oui/non <sup>2</sup>
Quantité de CO <sub>2</sub> stocké (en tonnes)	
Quantité nette de CO <sub>2</sub> stocké (en tonnes)	

Sur le plan d'un site	Année pertinente
Composition chimique du flux de CO <sub>2</sub>	
Type de structure de stockage	
Taux de fuite relevé et voies d'exposition	
- Impact éventuel attendu de cette décharge	
Impacts éventuels observés sur le milieu marin et les autres utilisations légitimes de la zone maritime	
Mesures éventuelles (de réduction) prises	

#### Liste des sites de stockage

(y compris les coordonnées des sites d'injection)

- .....
- .....
- .....
- .....

<sup>1</sup> Rayer la mention inutile.

<sup>2</sup> Dans la négative, veuillez en indiquer les raisons.

## Begründung

### A. Allgemeiner Teil

#### 1. Ziele

##### **Beschluss 2006/1**

Ziel des Beschlusses 2006/1 ist die Vereinfachung der Berichterstattung zu den OSPAR-Beschlüssen 98/4 und 98/5 (vgl. 1. OSPAR-Verordnung, BGBl. 1999 II S. 618), mit denen Emissions- und Einleitungsgrenzwerte für zwei Zweige der Vinylchloridindustrie festgelegt wurden. Dem Beschluss wurde innerhalb der 200-Tage-Frist des Artikels 13 Absatz 2 des OSPAR-Übereinkommens nicht widersprochen, so dass er bereits wirksam geworden ist.

##### **Beschlüsse 2007/1 und 2007/2**

Die Beschlüsse 2007/1 und 2007/2 ergehen vor dem Hintergrund der ebenfalls in 2007 beschlossenen Änderungen des OSPAR-Übereinkommens, wodurch die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds als Ausnahme von einschlägigen Verboten des OSPAR-Übereinkommens ermöglicht wird.

Die Europäische Gemeinschaft hat die Änderungen mit Beschluss des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz; A-Punkt) vom 30. November 2009 über die Genehmigung im Namen der Europäischen Gemeinschaft der Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) in Bezug auf die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen angenommen. Die deutsche Ratifizierung erfolgt auf der Basis des Erlasses einer Verordnung zur Änderung des Londoner Protokolls von 1996 und des OSPAR-Übereinkommens von 1992, die sich in einem parallelen Verordnungsverfahren befindet.

Beschluss 2007/1 verbietet in diesem Zusammenhang die Speicherung von Kohlendioxidströmen in der Wassersäule, die mit aller Wahrscheinlichkeit eine zumindest lokale Versauerung des Meerwassers nach sich ziehen würde.

Beschluss 2007/2 regelt das Verfahren um die Dauerhaftigkeit (Jahrtausende) einer möglichen Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen des Meeresuntergrundes des OSPAR-Gebiets sicherzustellen.

Angesichts der politischen Bedeutung der Änderungen von Anlagen des OSPAR-Übereinkommens zur Zulassung der Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen des Meeresuntergrundes und der darauf bezogenen Beschlüsse 2007/1 und 2007/2 sowie der parallelen Verhandlung der Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (so genannten CCS-Richtlinie) hat die Bundesregierung dem OSPAR-Exekutivsekretär innerhalb der in Artikel 13 Absatz 2 festgelegten Frist von 200 Tagen am 8. Januar 2008 mitgeteilt, dass die Verfahren noch laufen und insofern zu den beiden Beschlüssen noch keine abschließende Zustimmung erteilt werden kann.

Nach Inkrafttreten der CCS-Richtlinie steht der formalen Zustimmung zu den beiden Beschlüssen nichts im Wege. Auf OSPAR-Ebene benötigen die Beschlüsse zu Ihrem Inkrafttreten eine Dreiviertelmehrheit.

##### *Anwendbarkeit in Deutschland*

Die Zustimmung zu den Änderungen von Anlagen des OSPAR-Übereinkommens sowie das



Inkraftsetzen des OSPAR-Beschlusses 2007/2 eröffnet den Vertragsparteien lediglich die völkerrechtliche Möglichkeit der Einbringung von Kohlendioxidströmen in geeignete geologische Schichten des Meeresuntergrundes. Deren Gebrauch ist optional und in jedem Fall von einem entsprechenden nationalen Genehmigungsverfahren (z. B. nach Bergrecht, zukünftigem CCS-Gesetz) abhängig.

Anlässlich einer Anhörung durch den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages ist die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) zu dem Schluss gekommen<sup>1</sup>, dass (einerseits) „die geologischen Schichten im Gebiet der deutschen Nordsee wegen konkurrierender Nutzungsansprüche [...] kaum für eine CO<sub>2</sub>-Speicherung in Betracht“<sup>2</sup> kommen und (andererseits) das Ölfeld Mittelplate kurzfristig nicht als CO<sub>2</sub>-Speicher genutzt werden kann, da die Lagerstätte noch über bedeutende Reserven verfügt<sup>3</sup>.

## **2. Kosten und Preiswirkung**

### ***Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufgaben***

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung der Verordnung nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

### ***Vollzugsaufwand***

- Durch die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2006/1 wird die Berichterstattung zu zwei Beschlüssen (und zwei Empfehlungen) zusammengefasst, so dass eine deutliche Verringerung des Vollzugsaufwandes zu erwarten ist.
- Die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2007/1 lässt keine gravierenden Vollzugskosten für Bund und Länder erwarten.
- Die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2007/2 lässt Vollzugskosten für die Genehmigungsbehörden dann erwarten, wenn Projekte zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und anschließenden Einlagerung in geologischen Formationen des Meeresuntergrundes genehmigt werden. Die Vollzugskosten können je nach Projekt erheblich (z. B. anlässlich der Einrichtung von Speichern) und dauerhaft (Überwachung) sein.

### ***Sonstige Kosten***

#### **Beschlüsse 2006/1 und 2007/1:**

Wirtschaftsunternehmen entstehen durch die Beschlüsse 2006/1 und 2007/1 keine zusätzlichen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

#### **Beschluss 2007/2:**

Der Wirtschaft, insbesondere mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Inkraftsetzung des Beschlusses 2007/2 keine unmittelbaren Kosten. Da hiermit lediglich die Möglichkeit zur dauerhaften Speicherung von CO<sub>2</sub> in geologischen Schichten des Meeresuntergrundes eröffnet wird, werden damit verbundene (Investitions-)Kosten erst dann entstehen, wenn sich das Verfahren als eine wirtschaftliche Klimaschutzoption für die Wirtschaft darstellt.

---

<sup>1</sup> Möglichkeiten, Grenzen und Wissenslücken der untertägigen CO<sub>2</sub>-Ablagerung in Deutschland (Stand 2006) Deutscher Bundestag - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz u. Reaktorsicherheit; Ausschussdrucksache 16(16)212, 20.02.2007

<sup>2</sup> Ibid. Seite 10, letzter Absatz.

<sup>3</sup> Ibid. Seite 4, letzter Absatz.

Nach heutigem Kenntnisstand ist längerfristig ist nicht zu erwarten, dass sich durch die Inkraftsetzung des Beschlusses unmittelbare Auswirkungen auf Einzelpreise von Waren und Dienstleistungen infolge von Kostenüberwälzungen ergeben. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Speicherung aus Kostengründen vorrangig in geeigneten ausgeförderten Erdöl- und Erdgaslagerstätten mit bekannter geologischer Formation erfolgen und durch Erdöl- und Erdgasproduzenten auf der Basis des dort vorhandenen Fachwissens erfolgen würde. Die beiden Lagerstätten in der deutschen Nordsee, die nach Eignungsprüfung gegebenenfalls für eine Speicherung in Frage kämen, werden noch längerfristig ausgebeutet und stehen somit derzeit für eine Speicherung nicht zur Verfügung. Unmittelbare Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau treten somit nicht ein.

### ***Bürokratiekosten***

#### **Beschlüsse 2006/1 und 2007/1**

Bürgerinnen und Bürger sind von der Berichterstattungspflicht nicht betroffen.

Der Beschluss 2006/1 trägt zum Bürokratieabbau bei, da er die Berichterstattung zu den OSPAR-Beschlüssen 98/4 und 98/5 (1. OSPAR-Verordnung; BGBl 1998 II S. 618) und den OSPAR-Empfehlungen 99/1 und 2000/3 sowohl für die Wirtschaftsunternehmen als auch für die Verwaltung zusammenzieht und vereinfacht.

Der Beschluss 2007/1 enthält keine Informationspflichten.

#### **Beschluss 2007/2**

Bürgerinnen und Bürger sind von der Berichterstattungspflicht nicht betroffen.

Kosten für die Berichterstattung an die OSPAR-Kommission werden erst durch die Erteilung einer Erlaubnis (vgl. § 5.1 des Beschlusses) ausgelöst und fallen anschließend jährlich (vgl. § 5.2 des Beschlusses) in dem durch den Anhang 1 des Beschlusses festgelegten Umfang an.

Für das betroffene Wirtschaftsunternehmen fallen keine zusätzlichen Berichtskosten an, da der Betreiber im Rahmen der Erteilung einer Erlaubnis auf bergrechtlicher oder anderer rechtlicher Basis ohnehin berichten muss. Der Inhalt dieser Berichte deckt die Informationsanforderungen des Beschlusses 2007/2 ab.

Auf der Basis des aktuellen Kenntnisstandes (s.o.) wäre der Beschluss derzeit nur auf die Mittelplatte als potenzielles Genehmigungsobjekt anzuwenden. Für die Verwaltung würden unter Zugrundelegung von Anhang 1 des Beschlusses Informationspflichten der Kategorie „*Regelmäßige Dokumentations- und Berichtspflichten*“ mit folgendem Zeit- und Kostenaufwand entstehen:

- a. Berichtspunkte mit einmaligem Aufwand und anschließender unveränderter Fortschreibung, bis eine Änderung mitzuteilen ist:
  - Teil I „Bericht über die Umsetzung des Beschlusses“ insgesamt;
  - Teil II „Bericht über die Wirksamkeit“ mit folgenden Punkten:
    - Anzahl der erteilten Erlaubnisse,
    - Befolgung der Handlungsanweisungen,
    - Art der Speicherorte,
    - Liste der Speicherorte.

Die vorgenannten Berichtspunkte erfordern für die Erledigung durch das zuständige Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Clausthal-Zellerfeld einen jährlichen Zeitaufwand von ca. 1 Stunde à 70 €.

- b. Folgende Punkte des Teils II „Bericht über die Wirksamkeit“ erfordern einen höheren Aufwand:
  - Menge des eingelagerten CO<sub>2</sub>,

- Nettomenge des eingelagerten CO<sub>2</sub>,
- Chemische Zusammensetzung des CO<sub>2</sub>-Stroms.

Die Zusammenstellung eines Berichtes an die OSPAR-Kommission z. B. auf der Basis von Halbjahresberichten des Betreibers durch das LBEG erfordert einen jährlichen Zeitaufwand von etwa 5 Stunden à 70 €.

- c. Eine dritte Art von Informationspflichten nach Teil II „Bericht über die Wirksamkeit“ fällt nur ereignisbezogen an, das heißt im günstigsten Fall gar nicht. Hierunter fallen alle Informationen im Zusammenhang mit dem Auftreten von Leckagen. Die entsprechenden Informationspflichten hängen vom Umfang und der Dauer des Störfalls ab und lassen sich insofern im Vorwege nur grob abschätzen.

Sofern eine Berichterstattung über Störfälle erforderlich werden sollte, würde sich der jährliche Zeitaufwand des LBEG abhängig von der Schwere des Störfalls voraussichtlich um etwa 8 Stunden erhöhen.

#### *Gesamtkosten der Berichterstattung*

Berichtskosten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)

a. Allgemeine Meldungen:	1 h/a zu 70 €	=	70 €
b. Regelmäßige Berichtspflichten:	5 h/a zu 70 €	=	350 €
c. Ereignisbezogene Informationen:	8 h/a zu 70 €	=	560 €

Das heißt, dem LBEG entstehen in einem „Normaljahr“ voraussichtliche Berichtskosten bis zur Höhe von 420 € und in einem „Störfalljahr“ bis zur Höhe von 980 €.

### **3. Gender-Mainstreaming**

Die gleichstellungspolitischen Auswirkungen gemäß § 2 BGlG und § 2 GGO wurden anhand der Arbeitshilfe der interministeriellen Arbeitsgruppe Gender-Mainstreaming „Gender-Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften“ geprüft. Die Verordnung hat hinsichtlich der drei in Kraft zu setzenden Beschlüsse keine Gleichstellungsrelevanz, da keine auf natürliche Personen bezogenen Regelungen getroffen werden. Insofern sind Frauen und Männer (Personen) auch nicht mittelbar bzw. unterschiedlich betroffen. Die Beschlüsse haben gleichstellungspolitisch weder positive noch negative Auswirkungen. Die Regelungen sind entsprechend § 1 Absatz 2 Satz 1 BGlG geschlechtergerecht formuliert.

### **4. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung**

Die Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung wurden anhand der Managementregeln und Indikatoren der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie geprüft. Sie sind nur bei den Beschlüssen 2007/1 und 2007/2 gegeben. Ersterer dient dem Schutz der Artenvielfalt vor Auswirkungen von Versauerung von Meeresgewässern. Letzterer würde bei dauerhafter Speicherung von atmosphärischen CO<sub>2</sub> im Meeresuntergrund einerseits einen Beitrag zum Klimaschutz (Reduzierung des Treibhausgases CO<sub>2</sub>) und andererseits einen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt (Beitrag zur Vermeidung der weiteren Versauerung des Meeres, die sich insbesondere auf kalkbildende Organismen auswirkt, sowie zur Vermeidung der weiteren Erwärmung der Meere mit entsprechenden Auswirkungen auf die Artenvielfalt) liefern und insofern zur Generationengerechtigkeit beitragen. Jedoch ist zu beachten, dass die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung eines zusätzlichen Energieaufwands bedarf.

## **B. Besonderer Teil**

### **Zu Artikel 1**

Der nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355, 1360 - OSPAR-Übereinkommen) ergangene Beschluss 2006/1 wurde am 30. Juni 2006, die Beschlüsse 2007/1 und 2007/2 wurden am 29. Juni 2007 von der OSPAR-Kommission jeweils einstimmig angenommen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ist gemäß Artikel 2 Nummer 2 des Gesetzes zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355) zur Inkraftsetzung von Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 10 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 13 des OSPAR-Übereinkommens ermächtigt.

Dem völkerrechtlich verbindlichen englischen und französischen Wortlaut der Beschlüsse 2006/1, 2007/1 und 2007/2 ist eine amtliche deutsche Übersetzung beigelegt.

Der OSPAR-Beschluss 2006/1 dient der Wirtschaft und den zuständigen Behörden zur Vereinfachung der durch die OSPAR-Beschlüsse 98/4 und 98/5 gegebenen Berichtspflichten über Produktionsanlagen der Vinylchlorid-Industrie.

Der OSPAR-Beschluss 2007/1 ist die Grundlage zur Versagung der Entsorgung von Kohlendioxidströmen im Meerwasser.

Der OSPAR-Beschluss 2007/2 bildet die Grundlage zur Regelung der Einspeicherung von Kohlendioxidströmen in geologische Schichten des Meeresuntergrundes des OSPAR-Gebiets.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 2 des Gesetzes zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks erforderlich.

### **Zu Artikel 2**

Die Bestimmung entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Gemäß Artikel 13 Absatz 2 des OSPAR-Übereinkommens ist der Fall denkbar, dass OSPAR-Vertragsparteien von der Möglichkeit Gebrauch machen, binnen der vorgegebenen Frist von 200 Tagen von dem Beschluss zurückzutreten mit der Folge, dass die für den Bestand eines Beschlusses notwendige Mehrheit nicht erhalten bleibt und der Beschluss damit nicht (oder nicht zum jeweils vorgesehenen Termin) in Kraft treten kann. Gleichmaßen kann der Beschluss für die Vertragsparteien zu unterschiedlichen Zeitpunkten außer Kraft treten.